

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Errichtung einer Bushaltestelle beim Schloss Eggenberg

GRin. **Gesek** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Frühjahr heurigen Jahres habe ich einen Antrag auf Errichtung einer Bushaltestelle im Bereich des Schlosses Eggenberg gestellt. Bis heute habe ich schriftlich keine Antwort erhalten. In einem persönlichen Gespräch teilte mir Frau Vizebürgermeisterin Rücker mit, dass die Linienführung des hier vorgesehenen Busses der Linie 62 viel zu lang und dass eine Finanzierung nicht möglich sei und wenn überhaupt sicher nicht vor Herbst nächsten Jahres.

Dazu möchte ich erwähnen, dass während der Gleisbauarbeiten in der Georgigasse im vorigen Jahr sehr wohl eine Haltestelle vor dem Schloss der Buslinie 62 installiert war, die sehr gut angenommen wurde und bestens funktioniert hat. Die Besucherzahl hat sich seit der Ernennung des Schlosses Eggenberg zum Weltkulturerbe im Vorjahr um über 50 % erhöht und wird vermutlich noch weiter zunehmen.

Nunmehr hat sich die Situation im Bereich des Weltkulturerbes seit Oktober d. J. insofern massiv verändert, weil in das Gebäude der ehemaligen Fernmeldemonteurschule das Arbeitsmarkservice eingezogen ist. Es finden hier Weiterbildungsmaßnahmen für rund 600 Menschen statt und es ist dieses Ausbildungszentrum die größte derartige Einrichtung in Österreich.

Dass hier seither ein Chaos punkto PKW-Verkehrsaufkommen herrscht, ist tagtäglich festzustellen. Überdies beschlossen wir heute die Projektgenehmigung über die Abtragung der alten ASKÖ-Halle und eine Neuerrichtung derselben. Aller Voraussicht nach wird dann während der Bauzeit die Schlossstraße, die zur

Straßenbahnlinie 1 führt, schwer passierbar sein.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e,

ob du bereit bist, an die zuständigen Stellen der Holding Graz heranzutreten, dass im unmittelbaren Bereich des Schlosses Eggenberg eine Bushaltestelle in beide Richtungen möglichst bald installiert werden möge.

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Einhaltung des Tabakgesetzes

GR. **Pogner** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wie den Medien, allen voran, dem ORF zu entnehmen ist, wird in Wiener Lokalen das Tabakgesetz nicht sonderlich ernst genommen. Ein Großteil der Lokale verstößt gegen das Gesetz, wie eine Studie der Ärztekammer ergeben haben soll.

Lt. ORF seien, nach dem Studienautor Armin Schietz vom Institut für Umwelthygiene der Medizinischen Universität in Wien, die Ergebnisse zum Teil erschreckend. Nur ein Viertel aller erhobenen Lokale waren Nichtraucherlokale. Über 60% der Betriebe wurden wegen Gesetzesverstößen kritisiert.

Bei Betrieben stand die Verbindungstür zwischen Raucher- und Nichtraucherbereich ständig offen und ein Teil besaß gar kein Nichtraucherzimmer, obwohl sie größer als 50 m² waren, was laut Tabakgesetz eine Trennung verlangen würde. Besonders „frech“ waren jene Betriebe, die das Rauchen in ausgewiesenen Nichtraucherbereichen erlaubten. Diskotheken schnitten in der Studie besonders schlecht ab. Von sieben Clubs verhielt sich nur ein einziger gesetzeskonform.

Wie schädlich sich Tabakrauch auswirkt, sollte hinlänglich bekannt sein. So müssen Kellner und Wirte, die acht Stunden in verrauchten Räumen verbringen, laut Studie, ein um 20% erhöhtes Risiko in Kauf nehmen.

Für den Wiener Ärztekammerpräsident Walter Dorner ist aus der Studie klar ersichtlich, dass das geltende Tabakgesetz weder Gäste noch Personal schützt. Zigarettenrauch sei die bedeutendste Quelle für gefährlichen Feinstaub, der das Risiko von Herzinfarkten und Schlaganfällen deutlich steigert. Er sprach sich daher erneut dafür aus, das Rauchen aus der Gastronomie zu verbannen.

Nachdem die Wiener Lokalszene zwar nicht von der Größe her, aber durchaus von der Struktur her durchaus mit Graz vergleichbar ist, stelle ich daher namens der ÖVP-GR-Fraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob es in Graz ausreichende Kontrollen betreffend die Einhaltung des Tabakgesetzes gibt und ob jene Betriebe, die sich nicht an die Vorschriften halten, entsprechend sanktioniert werden.

Darüber hinaus, ob du bereit bist, mit dem zuständigen Gesundheitsstadtrat Kontakt aufzunehmen, damit er sich für ein generelles Rauchverbot, das vor allem dem Schutze der ArbeitnehmerInnen, in diesem Bereich helfen würde, einsetzt.

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Unternehmer- und kundInnenfreundlichere Rahmenbedingungen für das Lokal „Brückentreff“

GR. Eichberger stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Gebäude des Grazer Stadtbauamtes (Europaplatz 20) befindet sich im Untergeschoss, im Bereich der ehemaligen Passage zur Firma C&A eine Lokalität, das „Brückentreff“ – Café – Imbiss Freicham.

Seit Jahren wurde aus der seinerzeit gut gehenden Passage (damals mit Trafik, Modegeschäft, Elektro-Markt Cosmos und noch einige weitere) eine vor sich hin vegetierende Liegenschaft gemacht.

Vor einigen Wochen wurde die Passage in Richtung C&A schließlich sogar mit einer massiven Eisentür verschlossen, der Zugang aus Richtung Annenstraße wurde gesperrt. Eine plausible Erklärung dafür konnte bis heute nicht in Erfahrung gebracht werden.

Und dann wurden vor einiger Zeit in der Halle des Bauamtsgebäudes die Rolltreppen stillgelegt und mit Holzverschlägen verbarrikadiert. Der einzige, direkte Zugang für das im Untergeschoss befindliche Lokal „Brückentreff“ ist nun ein Lift. Es gibt schon irgendwo im Haus noch Stiegenhäuser, die den Zugang ermöglichen. Diese Treppen

findet man jedoch nur als absoluter Gebäude-Insider oder nach einer fundierten Pfadfinder-Ausbildung.

Abgesehen davon, dass man die Fluchtwege suchen muss (Lifte soll man im Brandfall ja nicht benützen, ist es einem kleinen Geschäftsmann im Laufe der letzten Wochen immer schwerer gemacht worden, seine bescheidenen Umsatzziele zu erreichen.

Es ergeht daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, diese unzumutbaren und möglicherweise den bau- und feuerpolizeilichen Vorgaben widersprechenden Zustände prüfen zu lassen und dich für die Schaffung von unternehmer- und kundenorientierte Rahmenbedingungen in diesem Bereich einzusetzen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Lokal „Retro“, Gleisdorfer Gasse 15

GR. Herper stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

BewohnerInnen und AnrainerInnen der Gleisdorfer Gasse werden um ihren Schlaf gebracht. Die Wurzel des Übels liegt im Lokal „Retro“, dem ehemaligen „Bojangles“, im Haus Gleisdorfer Gasse 15.

Was die Menschen um den wohlverdienten Schlaf bringt, ist, dass jede Freitag- und Samstagnacht zwischen Mitternacht und 7.00 Uhr Früh lautstarker Lärm gemacht wird und auch die Hygiene im Umfeld zu wünschen übrig lässt. Auch der Bezirksrat hat sich zuletzt mit dem seit Jahren bekannten Problem beschäftigt und geeignete Maßnahmen verlangt, so die einzuhaltenden Bestimmungen im Jugendschutz, Sicherheitsbestimmungen, Küchen- und Barhygiene sowie Schallschutzmaßnahmen; an regelmäßige Überprüfungen wird gedacht sowie an Polizeistreifen, wie sie früher der Fall waren.

Namens der sozialdemokratischen Fraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

die zuständigen Stellen der Stadt mögen die kritisierten Zustände überprüfen, entsprechende Maßnahmen treffen bzw. im Interesse der Bewohner und Anrainer diese „Lärmzone“ eindämmen.

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Hochwasserschutz Andritz/Fragenkatalog der Bürgerinnen und Bürger Stand 2011

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Es ziehen zwar jetzt die Wintermonate in unser Land, es ist in dieser Zeit auch mit keinem Hochwasser zu rechnen, und nachdem auch im Jahr 2011 die Hochwässer ausgeblieben sind, ist es wieder etwas ruhiger um die Hochwasserthematik in Graz bzw. Andritz geworden.

Doch die innerliche Angst und Unruhe bei den Betroffenen besteht nach wie vor, denn es folgt wieder ein Frühjahr bzw. ein Sommer, welcher ja wieder starke Regenfälle bringen kann, doch die schon über Jahre notwendigen und zugesagten Hochwasserschutzmaßnahmen sind noch immer nicht alle realisiert.

Ich möchte gerade Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, daran erinnern, dass Sie schon 2005 die Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen zur Chefsache erklärt haben, doch bis dato erfolgte noch keine Umsetzung aller notwendigen Schutzmaßnahmen; vieles beschränkte sich auf Ankündigungspolitik.

In der Gemeinderatssitzung am 24. September 2009 stellte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, eine mündliche Anfrage: Inhalt dieser Anfrage war ein Fragenkatalog der betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in Andritz, welchen Sie mir bzw. den Betroffenen schriftlich beantworten wollten. Am 25. März 2010 jedoch, also sechs Monate später war meine Anfrage noch immer nicht beantwortet.

Ich stellte daher nochmals eine Anfrage an Sie, wann Sie beabsichtigen, meine erste Anfrage vom 24. September 2009 endlich zu beantworten.

Daraufhin folgte immerhin eine schriftliche Beantwortung am 9. Juni 2010, in der Sie aus heutiger Sicht jedoch wieder primär Ihre Ankündigungspolitik fortsetzen.

Auf Ersuchen der Andritzer AktivbürgerInnen stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

1. Wann wird endlich das Rückhaltebecken in Weinitzen fertig gestellt? Mit dem Spatenstich bzw. Rodungen der Bäume wurde erst jetzt, im Oktober 2011, begonnen. Demgegenüber sagten Sie im Zuge einer Anfragebeantwortung am 9. Juni 2010 betreffend Schöckelbach 5/BA.. Rückhaltebecken 1 Höfbach/Weinitzen, dass der Baubeginn im Herbst 2010 sein sollte und die Fertigstellung im Frühjahr/Sommer 2011 erfolgen werde.
2. Wann wird der Bauabschnitt 3 und 4 (Linearausbau bis zur Stadtgrenze) und das Rückhaltebecken Annagraben durchgeführt bzw. umgesetzt - was wurde seit 2010 erledigt? Sie erklärten am 9. Juni 2010, für diesen Ausbau wurden noch keine Grundstücksbesicherungen durchgeführt und es liege kein baureifes Detailprojekt vor.
3. Weiters das Projekt Stufenbach 2 Rückhaltebecken (im Bereich Ziegelwerk Wolf bzw. ein Standort weiter taleinwärts): Wann passieren Ihre angekündigten Maßnahmen vom Jahr 2010? Am 9. Juni 2010 kündigten Sie die Grundstücksbesicherung in Form von Optionsverträgen an. Bis jetzt wurde aber nichts realisiert.
4. Betreffend Gabriachbach Unterlauf/Linearausbau: Wann wird dieses notwendige Projekt realisiert? Auch in diesem Fall sagten Sie am 9. Juni 2010, die Grundstücksbesicherung sei bereits erfolgt, Baumsetzung wäre gemeinsam mit dem Kanalausbauprojekt bzw. Lückenschluss des Radwegnetzes. Der Ist-Stand 2011: Man sieht nichts von irgendwelchen Maßnahmen.

5. Andritzbach Unterlauf/ Linearausbau: Wann wird dieses Projekt realisiert? Sie sagten am 9. Juni 2010, das Projekt stehe vor dem Abschluss, sollte 2011 realisiert sein. Stand: Von einer Realisierung ist nichts zu sehen.
6. Andritzbach Unterlauf/Linearausbau Abschnitt Weinzöttelstraße – Mur (gemeinsam mit Radwegenetzlückenschluss): Sie erklärten am 9. Juni 2010, Grundstückbesicherung und Projektierung wären abgeschlossen, man befinde sich jetzt in der Einreichphase, geplante Umsetzung wäre im Sommer 2011. Auch hier gilt: Von irgendwelchen Umsetzungsschritten ist nichts zu sehen!
7. Beim Beschluss des Sachprogrammes Grazer Bäche am 24. September 2010 durch den Gemeinderat wurde auch ein Budget von € 120.000,00 für Informationen beschlossen. Wie viel wurde von diesem schon verbraucht und im Detail für welche Informationen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Stukitzbad

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Für viele Saunagäste ist ein Saunabesuch Erholung für Körper, Geist und Seele. Die Wellness-Effekte der Sauna sind unbestritten und man lässt damit so manch anstrengenden Tag hinter sich. Die Vielfalt der Saunaarten in der Stukitzsauna ist

optimal und die Trennung der Geschlechter wird von vielen sehr begrüßt und geschätzt.

Durch die Schwimmmöglichkeiten im Sommer, die großzügige bzw. gepflegte Grünanlage, die Massage- und Fußpflegemöglichkeit und angesichts des Gastronomiebetriebes kann man im Gesamten von einer Wohlfühloase sprechen.

Das Saunavergnügen wird jedoch durch einige negative Aspekte begleitet, was dazu führt, dass sowohl Stammkunden als auch Laufkundschaften in Privatsaunen ausweichen.

Viele sind der Meinung, dass das Preis-Leistung nicht im Einklang mit dem Service ist und Maßnahmen, die seitens der Geschäftsführung gesetzt werden, als kundenfeindlich angesehen werden. Zu den Problemen gehören:

- **Parkplatzsituation:** Am gekennzeichneten Parkplatz der Holding stehen viele Kunden vom gegenüberliegenden chinesischem Restaurant, ebenso DauerparkerInnen, die Besorgungen in der Umgebung vornehmen. Daher kommt es häufig zur Überfüllung des Parkplatzes und entsprechende Parkplätze in der Umgebung sind Mangelware. Die Mitarbeiter vor Ort kennen die Situation und haben nicht die Möglichkeit, entsprechende Konsequenzen zu setzen. Hinweisschilder ohne Sanktionen sind offensichtlich wertlos. Darüber sind die Stammgäste und vor allem die älteren Saunageher besonders verärgert.
- **Sanierung im September:** Der Saunabetrieb wird jährlich für 14 Tage im September geschlossen, wobei den Halbjahreskarten-Besitzern mitgeteilt wurde, dass zukünftig die Halbjahreskarte um diesen Zeitraum nicht verlängert wird. Alternativen, wie z.B. Austerbesuch gegen Aufzahlung, sind auf breite Ablehnung gestoßen. Hierbei kommt die Kundenfeindlichkeit besonders zum Ausdruck. Indirekt stellt dies eine Verteuerung des Saunaeintrittes für

Halbjahreskartenbesitzer dar. Anregungen, wie z.B. Monatskarten, wurden bereits deponiert. Mögliche bzw. notwendige optische Verbesserungen im Saunabereich der Männer wurden während der 14-tägigen Sanierung im Außenbereich (Liegebereich außen bzw. Terrasse) nicht vorgenommen.

- Im Männerbereich wurden vielfach zu wenig und teilweise veraltete Liegen aufgestellt. In Spitzenzeiten können Saunakunden keine Liege benutzen.
- **Behindertengerecht:** Es fehlt eine gute, behindertengerechte Ausstattung.

Es wird bereits gemutmaß, dass auf diese Problemfelder seitens der Stadt deshalb nicht mehr reagiert wird, um die Tagesfrequenz an BesucherInnen gering zu halten: damit hätte man nach längerer schlechter Auslastung Grund für eine vielleicht ohnedies bereits geplante Schließung – und könnte somit BesucherInnen Richtung Auster „umleiten“. Immerhin sind ja in den vergangenen Monaten bereits einige Saunen geschlossen worden, wie etwa jene im Augarten oder im Margartenbad.

Ich stelle daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Können Sie ausschließen, dass die Stadt Graz gemeinsam mit der Holding Graz eine Schließung des Saunabereichs im Andritzer Stukitzbad beabsichtigt oder plant bzw. sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass den aufgezählten Mängelpunkten nachgegangen wird und diese zur Zufriedenheit der Kunden behoben werden?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Budgetvorsorge für mobile Siedlungsbetreuung

GRin. Mag^a Drⁱⁿ. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Gemeinderatssitzung am 22.4.2010 habe ich einen dringlichen Antrag gestellt betreffend Umsetzung eines Quartiersmanagement und Einführung einer mobilen Siedlungsbetreuung. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen und in einer schriftlichen Stellungnahme von der Stadtbaudirektion ausgeführt, dass die Umsetzung von weiteren Projekten neben dem Quartiersmanagement und dem „Stadteilprojekt Annenviertel“, sowie anderen laufenden Projekten nicht geleistet werden kann und Gegenstand künftiger Budgetverhandlungen sein müssen.

Bis dato hat sich betreffend einer mobilen Siedlungsbetreuung – unter Verweis auf die Siedlungsbetreuung in Wien, welche vorzeigenswert ist – nichts getan. Dies, obwohl die Probleme der Bevölkerung seit der Stellung meines dringlichen Antrages am 22.4.2010 nicht geringer geworden sind. Das man Geld in die Hand nehmen muss, um eine Siedlungsbetreuung zu installieren, liegt auf der Hand.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Werden im Budget des Jahres 2012 Mittel für eine mobile Siedlungsbetreuung vorgesehen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Damensauna in der Auster Eggenberg

GRin. Mag^a Drⁱⁿ **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im alten Eggenberger Bad gab es zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Woche für Frauen die Möglichkeit, eine Damensauna zu besuchen. Nachdem das alte Bad geschlossen wurde und nunmehr nach dem Umbau die Auster Eggenberg neu eröffnet wurde, ist diese Möglichkeit weggefallen. Frauen, die in keine gemischte Sauna gehen wollen, wird in der neuen Auster keine Damensauna mehr angeboten.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, als Eigentümerversorger der Stadt Graz bei der Holding Graz dafür zu sorgen, dass in der Eggenberger Auster entsprechend dem Motivenbericht zu einer bestimmten Zeit in der Woche eine Damensauna angeboten wird.

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Eröffnung Joanneumviertel

GRin. **Jahn** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 26. November wird die Eröffnung des Joanneumviertels stattfinden. Bei den geplanten Feierlichkeiten werden jedoch die drei bedeutenden Ausstellungen, die von Peter Weibl und Dr. Steinle in Zusammenarbeit mit Dr. Danzer, Mag. Orgel und Mag. Holler-Schuster kuratiert wurden, nicht eröffnet. Auch wird weder den KuratorInnen der Ausstellungen noch den KünstlerInnen Gelegenheit geboten, im Rahmen der Eröffnungsfeierlichkeiten zu sprechen. Diese Vorgangsweise erachten wir als grobe Missachtung der Bedeutung der gezeigten Ausstellungen und der KuratorInnen und KünstlerInnen.

Daher stellen wir an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die drei Ausstellungen im Rahmen der Feierlichkeiten in einem entsprechenden Rahmen eröffnet werden und der Hauptkurator Peter Weibel sowie die KünstlerInnen die Möglichkeit bekommen, dort auch eine Rede zu halten?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) A 8 – 1077/201L-24, Stahl- und Walzwerk Marienhütte GesmbH, Subvention in Höhe von € 40.500,00

GRin. Mag^a **Pavlovec-Meixner** und GR. Dr. **Wohlfahrt** stellen folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

in der Stadtssenatssitzung vom 11.11.2011 wurde unter o.g. Titel unter Hinweis auf umfangreiche Investitionen zur Absicherung des Standorts, Reduktion von Emissionen und Steigerung der Energie-Effizienz eine Subvention für die Marienhütte in Höhe von € 40.500,- gewährt.

Im Zuge der Erhöhung der Fernwärme-Einspeisung wurde seitens des nunmehrigen Fördernehmers kein Wunsch nach einer Förderung thematisiert, darüber hinausgehende Maßnahmen zur Reduktion von Emissionen bzw. Erhöhung der Energie-Effizienz sind nicht bekannt.

Daher stellen wir an Sie folgende

A n f r a g e :

Welche spezifischen Maßnahmen der Marienhütte zur Reduktion von Emissionen bzw. Erhöhung der Energie-Effizienz werden mit der gewährten Förderung unterstützt?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Smartes Taxi

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bei rund 2/3 aller Fahrten mit dem Taxi wird nur eine Person transportiert, in vielen Fällen werden Kleintransporte durchgeführt (Briefe, Dokumente, Medikamente etc.)

Eine kleine Gruppe von z. T. auch ehemaligen Taxifahrern hat nun das Projekt „smartes Taxi“ gestartet. Dabei soll ein „smart for two“-Fahrzeug zum Einsatz kommen, das über zwei Sitzplätze verfügt, aufgrund seiner Kleinheit wenig Platz benötigt und auch entsprechend wenig CO₂-Ausstoß verursacht.

Aufgrund der derzeit geltenden Taxiverordnung (Mindestlänge 4,2 Meter) konnte dieses Projekt noch nicht umgesetzt werden.

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ stelle ich daher folgende

Anfrage:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dazu bereit, sich in Gesprächen mit den dafür zuständigen Gremien dafür einzusetzen, dass das Projekt „smartes Taxi“ zumindest in Form eines Pilotprojektes in Graz gestartet werden kann?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Postämter und Postpartner im Grazer Stadtgebiet

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits am 19.11.2009 stellte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Anfrage, wie es mit der postalischen Versorgung mittels Postpartnern in näherer Umgebung von bereits geschlossenen Filialen der Post AG aussieht.

Nach der Schließung von mehreren Postfilialen bzw. Umwandlung von Bawag-Bank-Filialen in gemeinsame Postpartner nebst Standortverlegung herrscht in der Grazer Bevölkerung Verunsicherung bezüglich der postalischen Versorgung in ihrer näheren Umgebung.

Auch wurde weder von Seiten der Stadt Graz noch von Seiten der Post AG Mitteilung an die Grazer Bevölkerung gegeben, wo für sie in Zukunft eine postalische Versorgung in nächster Nähe stattfindet.

Ich stelle deshalb, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

A n f r a g e :

Wie schaut es mit der postalischen Versorgung mittels Postpartnern in näherer Umgebung von bereits geschlossenen Filialen der Post AG aus und sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dazu bereit, an die Post AG heranzutreten, um gemeinsam den Grazerinnen und Grazern eine Information an ihren Haushalt bzgl. der postalischen Versorgung im Grazer Stadtgebiet zukommen zu lassen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Spielplatz in der Laudongasse/Starhembergasse

GRin. Maga **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der bereits bestehende öffentliche Spielplatz in der Laudongasse/Starhembergasse steht auf der Prioritätenliste der Stadt Graz. Es gilt, alte Spielgeräte zu überholen, neue Spielgeräte aufzustellen und die Inspektion und Wartung sicherzustellen, damit insbesondere die vielen Kinder der Siedlung wieder ausreichende und sichere Möglichkeiten zum Spielen vorfinden. Die BewohnerInnen der gesamten Umgebung hoffen natürlich, dass ihre Vorschläge und Wünsche bei der Gestaltung des Spielplatzes auch Berücksichtigung finden. Aber sie brauchen anscheinend einen langen Atem, denn die Realisierung lässt auf sich warten. Man gewinnt den Eindruck, dass das Handeln der verschiedenen zuständigen Stellen nicht davon bestimmt ist, im Interesse der Kinder und damit insbesondere im öffentlichen Interesse zu handeln, sondern dass sie sich gegenseitig die Verantwortung zuschieben. Die Prioritätenliste der Stadt muss aber aus Sicht der KPÖ auch für die Zuständigen der Holding bindend sein. Abgesehen davon muss auch die Finanzierung sichergestellt werden, denn es ist ein öffentlicher Spielplatz.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren, damit es bald zu einer Realisierung der dringend erforderlichen Umgestaltung des Spielplatzes in der Laudongasse/Starhemberggasse kommt?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Beschäftigung für behinderte Mitbürger - Ausgleichstaxe

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Gerade für Mitbürger mit Behinderung ist eine berufliche Tätigkeit von enormer Wichtigkeit. Leider müssen durch gesetzliche Maßnahmen immer noch Unternehmen gezwungen werden, behinderte Mitbürger einzustellen. In diesem Zusammenhang nehmen diese Betriebe die gesetzlich verankerte Ausgleichstaxe billigend in Kauf. Um aber mehr behinderte Mitbürger am Produktionsprozess zu beteiligen, muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorausgehen.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

A n f r a g e :

Wie viele behinderte Mitbürger sind bei der Stadt Graz beschäftigt und leistet die Stadt Graz Ausgleichstaxenzahlungen? Wenn ja, in welchem mengenmäßigen Ausmaß?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Öffentliche Gebäude bis 2016 barrierefrei

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Regierung hält bei ihrer Budgeteinigung grundsätzlich daran fest, dass die öffentlichen Gebäude bis Anfang 2016 barrierefrei sein sollen.

Ich richte daher im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

A n f r a g e :

Welche Maßnahmen wurden und werden von der Stadt Graz gesetzt, um dieses Ziel zu erreichen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Die Chronologie des Versagens im Zusammenhang mit dem sich wiederholenden ÖVP-Wahlkampfgeg Sicherheitspartnerschaft für Graz

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 22. November 2007 – also während des Wahlkampfes zur Grazer Gemeinderatswahl – unterzeichnete der damalige ÖVP-Bundesminister für Inneres Günther Platter eine „Sicherheitspartnerschaft für Graz“ mit dem damaligen ÖVP-Spitzenkandidat Mag. Siegfried Nagl im Grazer Rathaus.

Am 5. August 2010 – also während des Wahlkampfes zur steirischen Landtagswahl – unterzeichnete die damalige Bundesministerin für Inneres Dr. Maria Fekter mit dem damaligen ÖVP-Spitzenkandidaten Hermann Schützenhöfer und dem Grazer ÖVP-Bürgermeister Nagl eine weitere „Sicherheitspartnerschaft“, diesmal „Sicherheitspakt“ genannt. Alle drei Unterzeichner sprachen von einem „zivilrechtlichen Vertrag“, der der Steiermark bis 2013 zusätzliche 300 Exekutivbedienstete zusichern soll.

Wie gestaltete sich nun der viel zitierte Personalstand der Grazer Exekutive innerhalb des Zeitraumes der „Sicherheitspartnerschaft für Graz“ tatsächlich? Aufschluss geben die jeweiligen parlamentarischen Anfragen des BZÖ an die Innenminister der ÖVP: Der tatsächliche Personalstand zum 1.1.2006 betrug in den Polizeidienststellen des Stadtpolizeikommandos Graz insgesamt 728 Exekutivbedienstete (siehe parlamentarische Anfragebeantwortung des Innenministeriums vom 7. Juli 2010 5389/AB).

Der tatsächliche Personalstand zum 1.1.2007 betrug in den Polizeidienststellen des Stadtpolizeikommandos Graz insgesamt 708 Exekutivbedienstete (siehe parlamentarische Anfragebeantwortung des Innenministeriums vom 7. Juli 2010 5389/AB).

Der tatsächliche Personalstand zum 22.11.2007 betrug in den Polizeidienststellen des Stadtpolizeikommandos Graz insgesamt 698 Exekutivbedienstete (siehe parlamentarische Anfragebeantwortung des Innenministeriums vom 20. März 2009 759/AB).

Der tatsächliche Personalstand zum 1.1.2009 betrug in den Polizeidienststellen des Stadtpolizeikommandos Graz insgesamt 712 Exekutivbedienstete (siehe parlamentarische Anfragebeantwortung des Innenministeriums vom 20. März 2009 759/AB).

Jüngste Zahlen über den Personalstand liegen nur in Form von Wortmeldungen von Bürgermeister Nagl selbst und einzelner Verantwortlicher der steirischen Exekutive vor. Der derzeitige Personalstand in Graz bewege sich bei „rund 700 Exekutivbediensteten“:

"Kleine Zeitung" vom 13.05.2011 Seite: 24

Ressort: Graz Zentrum

Graz

Nagl: „Grazer Polizei wird ausgehungert“

Laut Bürgermeister fast jedes Wachzimmer unterbesetzt. Der Grazer ÖVP-Bürgermeister Siegfried Nagl und die schwarzen Innenminister – diese Achse hat immer funktioniert. Speziell in Wahlkämpfen wurden von Liese Prokop, Günther Platter oder Maria Fekter große Versprechen gemacht: „Mehr Polizisten für Graz“ war stets der Tenor. **Nun, da Wahlen noch fern sind, erkennt auch Nagl: „Praktisch jedes Wachzimmer ist unterbesetzt. Unsere Polizei wird ausgehungert.“** Die versprochenen Grenzpolizisten blieben fern, zusätzlich würde das Landespolizeikommando Grazer Polizisten ins steirische Umland beordern. „Da werde ich in den nächsten Wochen ein Gespräch mit Kommandant Peter Klöbl führen“, so Nagl gestern im Gemeinderat.

Bemerkenswert auch die Nennung des nunmehrigen Personalstandes der Grazer Polizei mit rund 700 Exekutivbeamtinnen und Beamten, siehe „Der Grazer“ vom Sonntag, den 6.11.2011:

Die Realität sieht freilich noch erschreckender aus. Laut Stadtpolizeikommandantenbefehl vom 31.3.2009 verrichten an den 12 Polizeiinspektion der Stadt Graz – während der Nachtdienste von Montag bis einschließlich Samstag und für den Tagdienst an Sonntagen – überhaupt nur mehr 50 Polizistinnen und Polizisten ihren Dienst. Das bedeutet, dass ein Exekutivbediensteter für die Sicherheit von 5895 Einwohnerinnen und Einwohner zu sorgen hat.

Nachdem davon auszugehen ist, dass die nunmehrige ÖVP-Innenministerin Mikl-Leitner im Vorfeld der Grazer Gemeinderatswahl 2012/2013 wiederum mit dem künftigen ÖVP-Spitzenkandidaten Mag. Siegfried Nagl eine mittlerweile aktenkundig sinn- und nutzlose Sicherheitspartnerschaft unterzeichnen wird, ist eine Klärung der Katastrophe rund um den desaströsen Personalstand der Grazer Exekutive unabdingbar.

Faktum, und durch Anfragebeantwortungen des Innenministeriums belegt ist, dass seit dem Jahr 2000 keinerlei nennenswerte Aufstockung der steirischen Exekutivkräfte stattgefunden hat. Ganz im Gegenteil, die bisherigen Innenministerinnen und Innenminister der ÖVP und der Grazer Bürgermeister haben sämtliche Hilferufe der Personalvertreter aber auch der Bevölkerung schlichtweg negiert und eine Reduzierung der Exekutivkräfte zu verantworten. Auch Anträge des BZÖ zur Aufstockung der Exekutivkräfte in der Steiermark und insbesondere Graz wurden von den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP sowohl im Ausschuss und im Plenum des Nationalrates als auch im Gemeinderat abgelehnt.

Der Fragesteller verweist exemplarisch auf folgenden am 25.11.2008 eingebrachten und am 19.11.2009 von den Regierungsparteien abgelehnten Entschließungsantrag, welcher die personelle Aufstockung der Grazer Exekutivkräfte zum Ziel hatte. Besonders bemerkenswert ist es, dass auch steirische Abgeordnete von SPÖ und ÖVP gegen diese Initiativen des BZÖ argumentiert haben.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Grosz, Ing. Westenthaler, List betreffend die dringende Aufstockung der Grazer Exekutive um zusätzliche 300 Polizisten.

Mehr als 70 angezeigte Straftaten am Tag im Grazer Stadtgebiet sprechen eine deutliche Sprache und zeigen: Es herrscht Handlungsbedarf.

Der Kampf gegen die explodierende Kriminalität und die alarmierenden Zunahme von Eigentumsdelikten, Autodiebstählen, Überfällen sowie Haus- und Wohnungseinbrüchen kann nicht mit geschönten Kriminalstatistiken gewonnen werden. Insbesondere gegen Drogenkriminalität und organisierte Kriminalität, Kriminal-Tourismus, organisierte Bettelei und Menschenhandel muss verstärkt vorgegangen werden.

Die Beamtinnen und Beamten der Grazer Polizei leisten im Kampf gegen die Kriminalität hervorragende Arbeit, die Sicherheit der Stadt leidet aber unter dem massiven Personalmangel. Durch die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie verloren die Grazer Exekutivkräfte hunderte Beamtinnen und Beamten.

Unter dem Druck der damals bevorstehenden Gemeinderatswahl 2008 in Graz schloss Bürgermeister Nagl mit dem damaligen Bundesminister für Inneres, Günther Platter, eine Sicherheitspartnerschaft für Graz. Inhalt dieses Vertrages war die Aufstockung der Grazer Exekutive. Auch im Nationalrat wurde mit dem Beschluss der Petition 12/PET im Jänner 2008 u.a. eine sofortige Aufstockung des Personalstandes der Grazer Polizei wieder auf mindestens 800 uniformierte Beamte und Beamtinnen gefordert. Beide Initiativen wurden aber bisher nicht in die Praxis umgesetzt. Die Grazer Exekutive leidet nach wie vor unter akutem Personalmangel. Die Sicherheitssituation und das berechtigte Unsicherheitsgefühl der Grazerinnen und Grazer verlangen aber sofortige Maßnahmen.

Die Aufstockung der Grazer Polizei ist daher ein sicherheitspolitisches Gebot der Stunde. Mit dazu beitragen könnte eine Erleichterung der (freiwilligen) Rückkehr der nach Wien dienstversetzten, aber in Graz sozial und familiär beheimateten Polizistinnen und Polizisten nach Graz. Es gibt ja unzählige Fälle, in denen in Graz

familiär gebundene Exekutivkräfte seit Jahren nach Wien pendeln müssen und seit ebenso langer Zeit erfolglos um ihre Versetzung in ihr Heimatbundesland ansuchen. Die seit Jahren mehr oder weniger gleich bleibenden bzw. sogar sinkenden Zahlen der Exekutivkräfte in Graz belegen eine eklatante Unterversorgung der Exekutive. Die Kriminalitätsstatistiken sprechen eine deutliche Sprache: Es herrscht Handlungsbedarf. Der Kampf gegen die explodierende Kriminalität und die alarmierende Zunahme von Eigentumsdelikten, Autodiebstählen sowie Haus- und Wohnungseinbrüchen kann nicht mit geschönten Kriminalstatistiken gewonnen werden. Insbesondere gegen Drogenkriminalität, organisierte Kriminalität, Kriminal-Tourismus, organisierte Bettelei, Menschenhandel und das Schlepperunwesen ist jetzt konsequent vorzugehen. Dies ist aber nur mit einer Aufstockung der Grazer Exekutive um zumindest 300 zusätzliche Beamtinnen und Beamten zu erreichen.

Daher richtet der unterzeichnende Gemeinderat an den Bürgermeister der Stadt Graz nachstehende

Anfrage:

Welche konkreten personellen Auswirkungen auf die Grazer Exekutivkräfte hatte die am 22. November 2007 – also während des Wahlkampfes zur Grazer Gemeinderatswahl – zwischen Bundesminister a.D. Günther Platter und Ihnen als ÖVP-Spitzenkandidaten im Grazer Rathaus unterzeichnete „Sicherheitspartnerschaft für Graz“? Ist diese „Sicherheitspartnerschaft für Graz“ nach wie vor aufrecht und wie konkret wird an deren Umsetzung gearbeitet bzw. fühlen Sie sich an diese „Sicherheitspartnerschaft“ nach wie vor gebunden?

Punkt 1 dieser unter der Frage 1 genannten Sicherheitspartnerschaft sieht eine Unterstützung der Ausbildung der Organe der Grazer Ordnungswache durch die Organe des Stadtpolizeikommandos vor: Wie viele Organe der Ordnungswache wurden wann und in welchem Rahmen durch welche exakten Organe des

Stadtpolizeikommandos in ihrer Ausbildung unterstützt (exakte Aufstellung der Ausbildungsmaßnahmen)?

Punkt 2 dieser unter der Frage 1 genannten Sicherheitspartnerschaft sieht einen von Ihnen für aktuelle Sicherheitsthemen eingerichteten Arbeitskreis unter Beteiligung der Grazer Polizei vor: Wie oft hat eine solche Arbeitskreissitzung seit 22. November 2007 stattgefunden, welche konkrete Person der Grazer Exekutivkräfte hat jeweils wann exakt bei einer solchen Arbeitskreissitzung des Grazer Bürgermeisters teilgenommen und welche Ergebnisse haben sich jeweilig für die Grazer Polizei ableiten lassen?

Punkt 6 dieser unter der Frage 1 genannten Sicherheitspartnerschaft sieht eine Unterstützung der Ordnungswache Graz im Bereich der Innenstadt und der Parkanlagen durch die Streifen der Fahrradpolizisten vor: Wie viele Fahrradpolizisten versehen mit Stand 1. November 2011 ihren Dienst im Bereich der Grazer Exekutive und wie gestaltet sich die Streifentätigkeit der „Grazer Fahrradpolizisten“ im Durchschnitt täglich beziehungsweise wie wird dadurch die Ordnungswache unterstützt? In welchem konkreten Ausmaß wurden die restlichen Punkte der Sicherheitspartnerschaft insbesondere die Vereinbarung unter Punkt 2, Punkt 4, Punkt 7 und Punkt 10 jeweils konkret umgesetzt und welche Aktivitäten wurden jeweils konkret gesetzt? Welchen exakten Wortlaut hat der am 5. August 2010 - also während des Wahlkampfes zur steirischen Landtagswahl von der damaligen Bundesministerin für Inneres Dr. Maria Fekter mit dem damaligen ÖVP-Spitzenkandidaten Hermann Schützenhöfer und Ihnen unterzeichnete Sicherheitspakt? Welche zivilrechtliche Bindung bzw. zivilrechtlichen Ansprüche sehen Sie bzw. die Juristen Ihres Ressorts aus diesem unter Frage 31 genannten „Sicherheitspakt“?

Ihre Amtsvorgängerin sprach von einem zivilrechtlichen Vertrag: Welche zivilrechtliche Möglichkeiten stehen den Unterzeichnern zur Durchsetzung ihrer „zivilrechtlichen Ansprüche“ zur Verfügung und welche Haftungen ergeben sich aus diesen Ansprüchen?

Welche konkreten Auswirkungen auf die Anzahl der Grazer Exekutivkräfte erbrachte der am 5. August 2010 unterzeichnete Sicherheitspakt im Jahr 2010 und im Jahr 2011 jeweils? Wann konkret, mit welchen Maßnahmen und in welcher exakten Höhe wird die Aufstockung der Grazer Exekutivkräfte 2012 ausfallen bzw. um wie viele Personen wird der Personalstand der Grazer Exekutive im Jahr 2012 tatsächlich aufgestockt?

Wann konkret, mit welchen Maßnahmen und in welcher exakten Höhe wird die Aufstockung der Grazer Exekutivkräfte 2013 ausfallen bzw. um wie viele Personen wird der Personalstand der Grazer Exekutive im Jahr 2013 tatsächlich aufgestockt?

Halten Sie es tatsächlich für ausreichend, dass in der steirischen Landeshauptstadt Graz während der Nachtdienste von Montag bis einschließlich Samstag und Sonntag tagsüber nur mehr 50 Exekutivbedienstete ihren Dienst in den Polizeistationen verrichten und damit nur mehr ein Exekutivbediensteter für 5.895 Einwohnerinnen und Einwohner zuständig ist?

Werden Sie im Jahr 2012 mit der aktuellen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner eine „Sicherheitspartnerschaft“ oder dergleichen unterzeichnen?

Werden Sie im Jahr 2013 mit der aktuellen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner eine „Sicherheitspartnerschaft“ oder dergleichen unterzeichnen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Start des jährlichen Grazer Advents

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Sommer ist definitiv vorbei. Es wird kälter, die Tage werden kürzer, das Laub der Bäume färbt sich gelb - und am Hauptplatz steht ein Christbaum. Das oder Ähnliches dürften sich die Grazerinnen und Grazer dieser Tage gedacht haben, wenn sie den Hauptplatz passierten. Nun kann es natürlich sein, dass die Verantwortlichen, welche für die Aufstellung und Illuminierung am 3. November (!) gesorgt haben, sich nicht über die Bewandnis dieses Brauchs im Klaren waren. Es liegt jedoch näher, dass man sich seitens des Amtes für Wirtschaftsentwicklung in findiger Manier dafür entschlossen hat, den Advent einfach um drei Wochen vorzuverlegen und darauf zu hoffen, dass es niemandem auffällt. Es ist allgemein bekannt, dass sich gerade die ÖVP den Erhalt und die Pflege unserer Bräuche und Traditionen auf die Fahnen geheftet hat. Umso erstaunlicher ist es, mit welcher Nonchalance die Vorbereitungszeit auf einen der höchsten christlichen Feiertage im Jahr einfach ausgeweitet wird. Da es in diesem Fall ganz offensichtlich darum geht, den Bürgern dieser Stadt so früh wie möglich die weihnachtlichen Spendierhosen anzuziehen, um der Stadt beziehungsweise verschiedenen Gewerbetreibenden eine höhere Wertschöpfung zu bescheren, ist es natürlich auch von Interesse, was Frau Stadträtin Grabner für zukünftige Feiertage geplant hat.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte folgende

A n f r a g e

an Sie:

1. Wird es aus Anlass des Drei-Königs-Tages ein zweiwöchiges Sternsinger-Festival geben?
2. Wird auch Ostern im Sinne einer höheren Wertschöpfung vorverlegt und mit Ostermärkten im Februar und März begangen?
3. Haben Sie vor, Pfingsten und das damit verbundene Aufstellen des Maibaums nebst Volksfesten auf April vorzuverlegen beziehungsweise zu verlängern?

4. Haben Sie vor, das Erntedankfest und die damit verbundenen Feierlichkeiten auf den Sommer vorzuverlegen, um auch den Freibadbetreibern eine Wertschöpfung aus dieser christlichen Tradition zu ermöglichen?
5. Entspricht es der Wahrheit, dass Sie planen, Allerheiligen und Allerseelen zu einem zweiwöchigen Gesteck-Event zu machen, um so ein Pendant des Valentinstages zu etablieren?
6. Haben Sie vor, sich dafür einzusetzen, die Datumsangaben der Feiertage im 2. Konkordat der Republik Österreich mit dem Heiligen Stuhl zu ändern beziehungsweise zu entfernen, um sie zukünftig den wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Umsetzung des Antrages zur Schaffung eines „Platzes der Menschenwürde“ und Platzierung der Statue von Mutter Teresa

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der humanitär-kulturelle Verein „Mutter Teresa“ in Graz hat in Kooperation mit der Pfarre Sankt Andrä aus Anlass des 100. Geburtstages von Mutter Teresa (26. August 2010) ein Projekt verwirklicht, das in hohem Maße unterstützenswert ist.

Auf Initiative des Vereins wurde von dem Wiener Künstler Ulrich Mertel eine lebensgroße Bronzestatue gegossen. Die Statue ist 1.63 m hoch und sollte lebensecht im Grazer Stadtbild als Denkmal und als Zeichen der Menschenwürde aufgestellt

werden. Nach langer und intensiver Diskussion kamen wir gemeinsam mit Vertretern der Katholischen Kirche, der Stadt Graz, des Landes Steiermark zur Ansicht, dass im Zuge der Neugestaltung der Annenstraße der Vorbeckplatz ein ideales Umfeld für die Mutter-Teresa-Statue bildet: Dieser Kreuzungspunkt kann auch als Schnittpunkt der in Graz lebenden Kulturen verstanden werden - Mutter Teresa, die als Christin für alle Not leidenden Menschen eingetreten ist, versinnbildlicht geradezu die Würde der Menschen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

Anfrage:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Platz an der Kreuzung Annenstraße, Ecke Vorbeckgasse/Dominikanergasse soll in Zukunft als „Platz der Menschenwürde“ bezeichnet werden. Des Weiteren soll in die Planung des Platzes die Aufstellung der Statue der Mutter Teresa veranlasst werden.

Daher richtet der unterzeichnende Gemeinderat an den Bürgermeister der Stadt Graz nachstehende

Anfrage:

Wie weit ist die Umsetzung des Antrages zur Errichtung eines „Platzes der Menschenwürde“ und der Platzierung der Mutter-Teresa-Statue gediehen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Restlose Aufklärung der Malversationen rund um gefälschte Öffi-Tickets und Feststellung der Verantwortung in der Geschäftsführung und im Aufsichtsrat der Holding Graz GmbH

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die meiner persönlichen Meinung nach groben Malversationen an sich und die zumindest sinnverwandten Vorgängen darum herum empören nicht nur rechtschaffene Fahrgäste, sondern völlig unbestreitbar die Öffentlichkeit, und genauso mich selbst. Rund um die „getürkten“ Freifahrtscheine für Kontrolleure, deren Partner und Familienangehörige sowie Freunde spinnt sich ein Netz von Unglaublichkeiten – unglaublich, dass es niemand wusste, da es über Jahre so zugeht, oder blanke Unfähigkeit, wenn es niemand bemerkte, oder ärger, es gar nicht sehen wollte oder sollte.

Als Beispiel für zahlreiche weitere Artikel aus diversen Zeitungen resp. elektronischer Medien sei hier insbesondere auf nachfolgende Berichterstattungen verwiesen, die weit über die regionale, steirische Berichterstattung hinaus sogar bis zur ZiB2 im ORF reichten und damit diese Korruptionsaffäre in Graz österreichweite Resonanz erlangte:

<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2873498/kontrollore-justiz-prueft.story>

http://www.krone.at/Nachrichten/Grazer_Kontrolleure_liessen_Angehoeerige_schwarzfahren-Tickets_manipuliert-Story-301788

<http://www.oe24.at/oesterreich/chronik/Kontrolleure-liessen-ihre-Familieschwarzfahren/45731721>

<http://www.news.at/articles/1145/10/311512/schwarzfahren-kontrolleure>

<http://www.kronehit.at/news/8443/korrupte-kontrolleure-skandal-in-grazer-ffis>

http://www.krone.at/Nachrichten/Fiedler_Grenze_zur_Korruption_in_Oesterreich

[fliessend-Transparency-Chef-Story-294587](#)

Meines Erachtens handelt es sich hierbei um einen „Skandal mit System“, der nicht nur die beauftragte private Sicherheitsfirma Securitas betrifft, sondern auch den Auftraggeber, die Holding Graz GmbH auch in einem als rechtlichen Nachfolger der Grazer Stadtwerke AG. Und wenn es nicht aufzeigbar ist, dass aufgrund genügender krimineller Energie des Kreises „KontrollorInnen – GF der Securitas – GF der Holding Graz GmbH“ der Aufsichtsrat der Holding Graz GmbH ausgehebelt wurde, ist für mich auch im Aufsichtsrat - oder gar in der Konstruktion der Auslagerung an sich - massiv der Wurm enthalten und sind Änderungen herbeizuführen.

1. Wer ist in der Holding Graz GmbH in der Geschäftsführung konkret dafür persönlich verantwortlich für die Vertragsschließung und sodann für diesen Geschäftsbereich und dessen Kontrolle, und gab es dazu in den letzten 5 Jahren Hinweise auf diese Vorgänge bzw. wohl richtiger als „Umtriebe“ zu benennen?
2. Da die Fa. Securitas sich laut Medien und eigener Aussendung mit rund 20 betroffenen Mitarbeitern auf eine „eilvernehmliche Auflösung der Verträge“ verglichen haben soll, was massiv auffällig ist, und bei einem Stundenlohn um die 8 Euro eine vollständige Aufrechnung des Schadens unrealistisch ist, ist daher von einem aufrecht gegebenen Sachbezug der betroffenen Securitas- MitarbeiterInnen in relevanter Höhe auszugehen. Ist bereits erhoben worden, in welchem Umfang damit auch Ansprüche der Stadt Graz, z.B. via Lohnsummensteuer, verkürzt wurden und ist die Verfolgung dieser Ansprüche beabsichtigt, vergleichbar wie wenn „normale“ Grazer Firmen dahingehend in Verzug sind - oder gar die Ansprüche der Stadt Graz zu „verkürzen“ trachten?
3. Wie und vom wem wurde der „Schaden“ der Höhe nach bemessen, und wurde dabei auf den Schaden zu Lasten der Holding Graz GmbH und den Schaden zu Lasten Dritter - wie z.B. des „Verkehrsverbund Steiermark“ - Bedacht genommen, und erfolgt eine Befriedigung des „Verkehrsverbund Steiermark“ wie und durch wen?
4. Nachdem auch in anderen Bereichen der Fa. Securitas nunmehr Malversationen à priori nicht ausgeschlossen werden können: Wie ist seitens der Holding Graz GmbH sichergestellt, dass die Daten von Fahrgästen, die als „Schwarzfahrer“ ausgemacht

wurden, nicht in Hände unbefugter Dritter gelangen bzw. dort bei der Securitas verbleiben? Und in welcher Art und von wem wird die vertragskonforme Handhabung dieser „personenbezogenen Daten“ kontrolliert?

5. Aus noch zu erhebenden Gründen erstattete die Geschäftsführung der Holding Graz GmbH laut deren Äußerungen weder umgehend noch bislang von sich heraus Strafanzeige – bzw. brachte zumindest eine sachverhaltliche Darstellung bei der Staatsanwaltschaft ein, und beharrt offenkundig auf dem Vertrag mit der Securitas. Sehen Sie als Aufsichtsratsvorsitzender das als gemäß der vermittelten Intention des Aufsichtsrates – denn gerade in solchen Fällen hat der Aufsichtsrat einer GmbH entgegen dem Aufsichtsrat einer AG gravierende Weisungsrechte und wohl auch einschlägige Pflichten.

6. Warum wurde nicht unmittelbar nach Bekanntwerden des Skandals der Stadtrechnungshof mit der umfassenden Prüfung der Vorkommnisse in der Holding Graz GmbH durch Sie bzw. den Aufsichtsrat beauftragt – und sind scheinbar via Vorgaben des Aufsichtsrates bislang auch die entsprechenden Vorgaben an die Geschäftsführung der Holding Graz GmbH aushaftend? Denn im entsprechenden steirischen Landesgesetz „Statut der Stadt Graz“ ist unter § 98 „Aufgaben des Stadtrechnungshofes“ in Abs. 1: festgelegt: „Dem Stadtrechnungshof obliegt die Kontrolle der Gebarung der Stadt, die Vorprüfung der Rechnungsabschlüsse und die Kontrolle der Institutionen (wirtschaftliche Unternehmungen, Vereine, kulturelle Einrichtungen usw.), an denen die Stadt beteiligt ist“ – oder wurde in der politischen Ausgliederung die Kontrollmöglichkeit des Grazer Stadtrechnungshofes etwa gar nicht vorbehalten?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.